Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft

Band: - (1909)

Heft: 13-14

Artikel: Die Friedensbestrebung vor dem Regierungsrate des Kantons Appenzell A.-Rh.

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-802825

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

internationaler Verständigung über gleichzeitige und gleichmässige Beschränkung der Rüstungen.

Der Kongress ersucht deshalb den Reichstag, er wolle zunächst eine sorgsame Prüfung des Bedarfs vornehmen, sich bei Bewilligung von neuen Steuern streng auf den heute bestehenden Bedarf beschränken und alles ablehnen, was dazu dienen soll, Mittel für weitere Steigerung der Rüstungen zu liefern, wolle aber gleichzeitig mit Erledigung der Reichsfinanzreform die Reichsregierung veranlassen, mit andern Mächten in Verbindung zu treten, um das von den beiden Haager Konferenzen geforderte Studium der Abrüstungsfrage in die Tat umzusetzen und eine Abrüstungskonferenz einzuberufen.

Der Kongress ist überzeugt, dass das Bedürfnis, im Interesse der Kulturaufgaben zu einer Einschränkung der Rüstungen zu gelangen, in der ganzen Welt geteilt wird und dass deshalb eine Initiative Deutschlands auf diesem Gebiete überall dankbar aufgenommen werden würde und uns die Sympathien aller Kulturvölker gewinnen müsste."

Hierauf hielt Herr Max Hausmeister-Stuttgart einen Vortrag über „Rüstungsbeschränkungen", dem sich eine Debatte über die obige Resolution anschloss. Diese wird sodann mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Nach einem weitern Vortrage von Professor Dr. Schücking-Marburg über „Die Idee der internationalen Organisation" wurde der Kongress durch eine kurze Ansprache des Vorsitzenden geschlossen.

——o——

Die Friedensbestrebung vor dem Regierungsrate des Kantons Appenzell A.-Rh.

Um die Unterschriftensammlung zuhanden der III. Haager Konferenz auch in unserem Kanton möglichst zu erleichtern, hat die Kommission des Verbandes appenzellischer Friedensfreunde nachstehendes Gesuch an den h. Regierungsrat gerichtet:

Herisau, Juni 1909.

An den h. Regierungsrat des Kts. Appenzell A.-Rh.

Hochgeehrter Herr Landamann!

Hochgeehrte Herren Regierungsräte!

Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, dass der europäische Friedenswille über den in Betrieb gesetzten Apparat des Krieges zu siegen vermochte. Wenn wir auch auf die in Europa bereits vorhandenen Friedenskräfte vertrauen, so sind wir aber doch nur knapp an dem Kriege vorbeigekommen. Der fürchterliche Ernst, den ein europäischer Krieg bringen würde, ist deutlich hervorgetreten, und die ganze Menschheit war mit Furcht und Schrecken erfüllt bloss vor dem Schatten des Krieges. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass für diesmal kein Krieg noch lange nicht den Frieden bedeutet. Die im letzten Momente unterdrückten Kriegsgelüste werden immer wieder geschürt und gross zu ziehen gesucht, denn es gilt hier die Macht einer jahrtausend alten Gewohnheit zu erschüttern, und dieses ist in der Tat nicht leicht. Es wird gut sein, wenn sich die Wohlgesinnten aller Länder mit ihren Regierungen verbinden, um gemeinsam an der Verwirklichung des internationalen Rechtsgedankens arbeiten zu können.

Die Ereignisse der letzten zehn Jahre und die unentwegte Propaganda der Freunde des Völkerfriedens haben zwar die Grosszahl der Menschheit veranlasst, über den Segen des Friedens und das entsetzliche Elend, welches ein Krieg über die Menschheit herauf beschwören müsste, nachzudenken; unsere schwerste Arbeit wird aber erst beginnen. Das Rechtsbewusstsein und das Rechtsgefühl der Völker bedarf noch der sorgfältigsten Pflege. Sie werden mit uns darin einig gehen, dass wir unsere Propaganda derart betreiben, dass wir auf die Rechtssicherheit der Völker hinarbeiten und vor Kriegen zu warnen suchen, dass wir aber eine Abrüstung oder Vernachlässigung der Wehrkraft vermeiden wollen, solange dieselbe nicht durch die Wirkung des Rechtsschutzes der Völker herbeigeführt wird. Wir werden auch auf die Gefahren hinzuweisen haben, welche einem Staate durch unbesonnene Aufreizung gegen die Armee und die Verweigerung der Dienstpflicht entstehen könnten. Wir können aber unsere Aufgabe nur erfüllen, wenn wir sowohl von den Behörden als auch von den Wohlgesinnten der Völker finanziell und moralisch unterstützt werden. Zirka 2000 Parlamentsmitglieder aller Staaten haben sich zu einer Union vereinigt, um gemeinsam diejenigen Fragen zu besprechen, welche geeignet sind, die Kriegsgefahren zu beseitigen. Mit grossen Opfern an Zeit und Geld arbeiten die organisierten Friedensgesellschaften der ganzen Erde, um die Idee des Völkerfriedens und die Vermeidung des Krieges weiter zu verbreiten. Dass wir nicht umsonst arbeiten, das beweisen die zahlreichen Schiedsverträge, welche seit unsern Bemühungen abgeschlossen worden sind. Der internationale Rechtsgedanke ist heute nicht mehr als ein Ideal zu betrachten, denn er ist zu einer dringend notwendigen Existenzbedingung der Kulturstaaten entfaltet worden und hat sich bis in die entferntesten Erdenwinkel Bahn gebrochen; anderseits wird kaum noch ein Volk zu finden sein, das einen Krieg wünscht oder denselben nicht verabscheut, wenn es nicht irregeführt oder dazu verhetzt worden ist; vielmehr werden die Regierungen für die Wohlfahrt ihrer Untertanen immer mehr verantwortlich gemacht, und die überlebende Menschheit würde sich fürchterlich an den Kindern und Kindeskindern der Urheber des Krieges rächen. Die Regierungen sind heute darin einig, dass der Krieg, beginne er wo er wolle, unbedingt den Selbstmord der europäischen Kultur bedeutete und deshalb um jeden Preis zu vermeiden ist. Die vitalsten Interessen der verschiedenen Staaten sind in letzter Zeit durch Konferenzen bereinigt worden. Der internationale Rechtsspruch ist Tatsache geworden und wird sich voraussichtlich bewähren und weiter entwickeln. Man sollte nun glauben, dass eine Gesellschaft, welche den Krieg zu vermeiden sucht, von seiten der Behörden und der Presse mit demselben Wohlwollen berücksichtigt werde wie diejenigen Gesellschaften, welche sich darauf beschränken, die Folgen des Krieges zu mildern; dem ist aber nicht so. Es fehlt uns heute noch die staatliche Anerkennung und deshalb auch die Unterstützung der Presse und zum Grossteil auch der Behörden. Wie kann aber hier geholfen werden? Einerseits befürchtet man in Militärkreisen, dass durch die Propaganda für die Schiedsgerichtsidee die Begeisterung für die absolut notwendige Wehrkraft unterdrückt werde. Es ist aber das schon eine böse Sache, wenn zur Erhaltung der Wehrkraft das vernünftige Denken der Steuerzahler unterdrückt werden muss. Anderseits werden die Erfolge der beiden Haager Konferenzen zu sehr verkannt, um heute schon an eine Beseitigung des gegenseitigen Misstrauens und des gegenseitigen Hasses der Völker zu denken.

Bekanntlich ist im Jahre 1914 eine III. Friedenskonferenz im Haag vorgesehen, auf welche sich die Regierungen aller Staaten jetzt schon vorbereiten; aber auch die Friedensfreunde werden nicht müssig bleiben können. Soll diese III. Konferenz bessere Re-

sultate erzeugen, so müssen vor allem andern die Regierungen und ihre Delegierten die Gesinnung ihrer Völker kennen. Das internationale Bureau in Bern wird nun zuhanden der III. Haager Konferenz eine Massenpetition zugunsten des internationalen Rechtes und der Schiedsgerichtsidee veranstalten, welche geeignet ist, den guten Willen der Regierungen zu rechtfertigen und denselben die Unterstützung der Wohlgesinnten zuzusichern. Dass wir aber eine solche Kundgebung nur mit Hilfe der Presse, der Behörden und Gesellschaften mit Erfolg unternehmen können, liegt ja klar vor Augen. Der Verband appenzellischer Friedensfreunde wird daher seinen warmen Appell an den h. Regierungsrat, an die Presse und an die Gesellschaften ergehen lassen, damit sie uns in unserm Vorgehen finanziell und moralisch unterstützen möchten. Durch einen minimalen Beitrag von 50 Fr., dessen Zinsen als Jahresbeitrag verrechnet werden, oder durch die öffentliche Anerkennung unserer Institution gleich derjenigen des „Roten Kreuzes" wäre uns so weit gedient, dass wir uns auch der bessern Unterstützung der Presse erfreuen könnten.

Sie könnten, hochgeehrte Herren, durch wohlwollende Prüfung unseres Gesuches und mit Ihrer für uns so bedeutungsvollen Entscheidung ohne grosse Opfer der Verwirklichung der internationalen Rechtsprechung einen grossen Dienst erweisen. Von diesem Entscheide wird aber auch unsere Stellung zu dem gesamten Verbande und die weitere Existenz desselben sehr beeinflusst werden.

Indem wir Ihnen dieses Gesuch nochmals zu dringender Berücksichtigung empfehlen, zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Kantonalverband:

Der Präsident: *K. Rüd.* Der Aktuar: *W. Schiess.*

* * *

Die Antwort lautet wie folgt:

Kantonskanzlei von Appenzell A.-Rh.

An den Verband appenzellischer Friedensfreunde.

Hochgeehrte Herren!

Der Regierungsrat hat Ihr einlässliches Gesuch vom „Juni 1909" mit Interesse entgegengenommen, ist dann aber doch dazu gelangt, dasselbe abzulehnen. Die Behörde hat sich gesagt: Gewiss, die Bestrebungen der Friedensfreunde sind gut und ideal, aber die Idee muss erst auf breiterer Basis Boden gefasst haben, ehe ihr der Staat seine finanzielle Unterstützung gewähren oder die öffentliche Anerkennung verleihen kann.

In Hochachtung

Für die Kantonskanzlei:

Der Ratschreiber: *J. Tobler.*

* * *

Was nun? Sollen wir nun jenen Elementen zustimmen, welche uns fern bleiben, weil sie behaupten, dass die Behörden nur durch die Verweigerung der Dienstpflicht und der Militärbudgets gezwungen werden könnten, den Militarismus einzuschränken? Nein! Unsere Vorkämpfer und Gesinnungsgenossen sollen nicht dadurch erniedrigt werden, dass ihre Freunde in der Schweiz, trotz dem Art. 3 ihrer neuen Zentralstatuten, sich solcher Mittel bedienen, um mit scheinbaren Erfolgen prahlen zu können. Die Antwort des Regierungsrates enthält wenigstens die offizielle Anerkennung, dass die Bestrebungen der Friedensfreunde „gut und ideal" sind. Es bedeutet das schon den ersten Schritt der staatlichen Anerkennung, obwohl wir leider heute noch nicht wissen, wie wir unsere Idee auf breitere Basis bringen können, solange uns die Behörden und deshalb auch die Presse ihre Unterstützung versagen. Wir wollen also unseren Mut nicht sinken lassen. Wir richten neuerdings unseren warmen Appell an die Bevölkerung unseres Kantons, dass sie uns durch zahlreiche Beitrittserklärungen behilflich sein möchte, die vom h. Regierungsrate gewünschte „breitere Basis" zu erreichen. Herr Prof. Charles Richet gibt uns in seinem Buche „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens" den Kompass für die Friedensbewegung, indem er auf Seite 43 sagt: „Wirke durch dein Stimmrecht, deinen Einfluss, deine Worte, deine Schriften dafür, den Krieg zu beseitigen und von jetzt ab unmöglich zu machen. Aber wenn die Stimme der Nation den Krieg verlangt, so lehne dich nicht auf gegen die nationale Stimme."

Die Mitgliedschaft zu unserem Verbande kann erworben werden durch eine einmalige Schenkung von 50 Fr. im Minimum oder 1 Fr. Minimum Jahresbeitrag. Die Anmeldung ist an die Kommission zu richten.

Für den Kantonalverband:

Der Präsident: *K. Rüd*, zum Bienenhof, Herisau.

——o——

Nationalpazifismus.

(Eine Erwiderung.)

Auf die Polemik unseres Mitarbeiters Carl Ludwig Siemering in Nr. 9/10 dieses Blattes erhalten wir von dem Betroffenen, Herrn Prof. Dr. H. Molenaar, Kochel a. See, eine längere Erwiderung, die wir in den Hauptzügen wörtlich wiedergeben, unter Ausschaltung der persönlich aggressiven Einleitung (vergl. das Schlusswort). Nachdem Herr Dr. M. erklärt hat, sich auf jene Einwände beschränken zu wollen, die auch von anderer pazifistischer Seite schon gegen seine Liga erhoben wurden, fährt er fort:

„Das Wort „Nationalpazifismus" scheint zunächst eine contradictio in adjecto zu sein, denn die Nationalisten und Pazifisten sind heute noch die erbittertsten Gegner; aber man kann trotzdem schon jetzt den sich anbahnenden Ausgleich der Gegensätze deutlich wahrnehmen. Die immer unerträglicher werdenden Lasten der furchtbaren Rüstungen und die immer entsetzlicher werdenden Kriege einerseits zwingen die Nationalisten ebenso zur allmählichen Anerkennung pazifistischer Forderungen (im nationalen Interesse!), wie die von Tag zu Tag sich deutlicher manifestierende Wucht des völkischen Gedankens anderseits die Friedensfreunde zwingt (im pazifistischen Interesse!), die nationalen Forderungen nicht länger als quantité négligeable zu behandeln; denn unerfüllt bilden sie eine unablässige Kriegsgefahr. Die Völker erwachen allmählich zum Selbstbewusstsein; sie lassen sich nicht länger wie Schafe zur Schlachtbank führen und in willkürliche Staatspferche sperren. An die Stelle des bisherigen Staatismus tritt ein geläuterter Nationalismus, dem die Unterjochung anderer Nationalitäten um so verhasster ist, je mehr er eigene Volksteile unter fremder Herrschaft leiden sieht. Ehe das bisherige künstliche Gewaltstaatsprinzip dem natürlichen Nationalstaatsprinzip gewichen ist, kann es keine dauernden Föderationen und keinen Weltfrieden geben.

Es wird nun von manchen Pazifisten behauptet, dieser Uebergang sei nur auf kriegerischem Wege möglich, und deshalb müsse man den Gedanken des reinen Nationalstaates als gefährlich bekämpfen. Das Beispiel Norwegens und Schwedens beweist jedoch, dass diese natürliche Entwicklung, welche zuweilen uralte historische Vorurteile wie mit einem Ruck zersprengt,